

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag, den 21.06.2018, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora SPD

Stv. Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Thomas Schlenter CDU

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Walter Bodelier SPD

Herr Ratsmitglied Wilhelm Broschk SPD

Herr Ratsmitglied Klaus Fehr SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt SPD

Frau Ratsmitglied Brigitte Priem SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer CDU

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies UWG

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Frau Angelika Köhler SPD

Herr Harald Kommer SPD

Herr Thomas Leßner SPD

Herr Thorsten Müller SPD

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Heinz Kempen CDU

Herr Thomas Krause CDU

Sachkundige Bürger FDP-Fraktion

Herr Christian Braune FDP

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei

Herr Andreas Dittrich Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei

Sachkundige Einwohner

Herr Reiner Leusch BUND - Ortsgruppe Eschweiler

Von der Verwaltung

Frau Hedwig Assenmacher Verwaltung

Herr Eberhard Büttgen Verwaltung

Herr Sascha Engels Verwaltung

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Verwaltung

Herrmann Gödde

Herr Peter-Josef Hambloch Verwaltung

Herr Gerhard Handels Verwaltung

Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich Verwaltung

Frau Brigitte Höne Verwaltung

Herr Thomas Rehahn	Verwaltung
Herr Florian Schoop	Verwaltung
Herr Siegfried Zehn	Verwaltung
<u>Schriftführer/in</u>	
Frau Gudrun Karpus	Verwaltung

Abwesend:

Herr A.Vors. Kendziora eröffnete die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Außerdem verwies er auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung.

Herr RM Widell beantragte, den Tagesordnungspunkt 6.3 (Neuaufstellung des Regionalplans) in den öffentlichen Teil zu verschieben. Diesem Antrag wurde mit 19 Nein-Stimmen (SPD, CDU, UWG, FDP, Linke) und 1 Ja-Stimme (Grüne) nicht entsprochen.

Frau RM Leonhardt bat um Absetzung des Tagesordnungspunktes 2.2 (Neuorganisation der Schadstofffassung in Eschweiler ab 2019); der Vortrag zum selben Thema solle jedoch stattfinden. Der Absetzung von der Tagesordnung stimmten 18 Mitglieder (SPD, CDU, UWG, FDP, Linke) zu, 1 Mitglied (Grüne) votierte gegen die Absetzung.

Herr RM Schlenter wünschte vor der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4.3 (Neubau der Eisenbahnüberführung Heisterter Straße) eine Sitzungspause.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 1 | Stadtplanung/Bauleitplanung | |
| 1.1 | Projekt Global nachhaltige Modellkommune NRW; Vortrag: Hr. Dr. Reuter; LAG 21 | |
| 1.2 | Projekt Global Nachhaltige Kommune in NRW; hier: Beschluss der Nachhaltigkeitsstrategie | 162/18 |
| 1.3 | Eschweilers Klimaschutzteilkonzept (ESKLIMO); Vortrag: Fr. Dr. Engelen, Büro für Stadt- und Verkehrsplanung, Aachen | |
| 1.4 | Eschweilers Klimaschutzteilkonzept Mobilität - ESKLIMO | 163/18 |
| 1.5 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan 10 - Erweiterung Haus Maria, Hehlrath -; | 160/18 |
| 1.6 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan 11 - Westlich Robert-Koch-Straße -; | 159/18 |
| 1.7 | 10. Änderung des Bebauungsplans 35 - Lenzenfeldchen -; hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit | 166/18 |
| 1.8 | Bebauungsplan 292 - Schillerstraße/Gasthausstraße -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss | 146/18 |
| 2 | Umwelt/Grünflächen | |
| 2.1 | Neuorganisation der Schadstofffassung in Eschweiler ab 2019; Vortrag eines Vertreters der AWA | |

2.2	Neuorganisation der Schadstofffassung ab 2019	189/18
2.3	Biologische Vielfalt in Kommunen	154/18
2.4	Hundekot im öffentlichen Raum	155/18
3	Verkehr	
3.1	Einrichtung von fünf Ladestationen für Elektromobile im öffentlichen Raum	161/18
4	Kenntnisgaben	
4.1	Landesprogramm "Kooperative Baulandentwicklung"; hier: Abschluss einer Zielvereinbarung	170/18
4.2	Förderprogramm "Gute Schule 2020"; hier: Fortschreibung der Maßnahmenliste	137/18
4.3	Neubau der Eisenbahnüberführung Heisterner Straße	200/18
4.4	Bericht AGO vom 14.06.2018	
5	Anfragen und Mitteilungen	
5.1	Bedarf von Futterpflanzen für Bienen und andere Insekten bei Neupflanzungen berücksichtigen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2018	

Nicht öffentlicher Teil

6	Kenntnisgaben	
6.1	Beschlusskontrolle	169/18
6.2	Aktuelle Situation bei der Vergabe von Bauaufträgen	177/18
6.3	Neuaufstellung des Regionalplans; hier: Schreiben der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 14.05.2018	194/18
7	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Stadtplanung/Bauleitplanung

1.1 Projekt Global nachhaltige Modellkommune NRW; Vortrag: Hr. Dr. Reuter; LAG 21

Herr Dr. Klaus Reuter, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 1) den Ablauf und die Ergebnisse des Projekts „Global Nachhaltige Modellkommune NRW“ vor.

Im Anschluss überreichte er dem Ersten und Technischen Beigeordneten die Auszeichnung für die Erarbeitung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie im Kontext der Agenda 2030 der Vereinten Nationen in Form einer entsprechenden Urkunde.

1.2 Projekt Global Nachhaltige Kommune in NRW; hier: Beschluss der Nachhaltigkeitsstrategie **162/18**

Herr RM Widell erklärte, dass er sich bei der Beschlussfassung enthalten werde. Er befürwortete grundsätzlich

zwar das Projekt als richtiges Verfahren, favorisiere jedoch andere Prioritäten. Auf Nachfrage von Herrn skE Leusch erläuterte Herr Dr. Reuter, dass das Thema „biologische Vielfalt“ zu den Schwerpunktthemen zähle. Herr TB Gödde ergänzte, dass die Ziele in den entsprechenden Workshops erarbeitet und durch die Steuerungsgruppe festgelegt worden seien.

Frau RM Leonhardt wies darauf hin, dass es sich hier nicht um ein abgeschlossenes Thema, sondern um einen offenen Prozess handele, der regelmäßig einer Überprüfung unterzogen werde. Dies wurde auch von Herrn RM Spies untermauert. Herr RM Schlenter lobte das „tolle“ Projekt, erklärte jedoch, dass die CDU sich ebenfalls hier im Ausschuss enthalten werde, da fraktionsintern noch Abstimmungsbedarf bestünde. Herr skB Braune lehnte die Beteiligung an der Abstimmung ab, da die Beratungszeit zu kurz gewesen sei. Herr Dr. Reuter wies nochmals darauf hin, dass es sich um einen kontinuierlichen Prozess handele, der auch weiterhin Eingriffsmöglichkeiten bieten würde.

Pause: 18.20 bis 18.25 Uhr.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag mit 12 Ja-Stimmen (SPD, Linke, UWG) und 6 Enthaltungen (Grüne, CDU) zu. Die FDP nahm an der Abstimmung nicht teil.

1. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Eschweiler als Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der Steuerungsgruppe aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit im Projekt Global Nachhaltige Kommune in NRW wird beschlossen.
2. Die im Projekt Global Nachhaltige Kommune in NRW geschaffenen Arbeitsstrukturen und Prozesse zur Entwicklung, Weiterentwicklung und kontinuierlichen Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie sollen fortgeführt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine konkrete Umsetzungsplanung zu erstellen und diese dem Rat zum Beschluss vorzulegen.
4. Die Unterzeichnung der Resolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas wird beschlossen.

1.3 Eschweilers Klimaschutzteilkonzept (ESKLIMO); Vortrag: Fr. Dr. Engelen, Büro für Stadt- und Verkehrsplanung, Aachen

Frau Dr. Katja Engelen, BSV Büro für Stadt- und Verkehrsplanung Aachen, berichtete über den derzeitigen Sachstand der Erarbeitung von Eschweilers Klimaschutzteilkonzept Mobilität (ESKLIMO). Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügt. Im Anschluss beantwortete sie die von den Ausschussmitgliedern aufgeworfenen Fragen.

Auf Anfrage von Herrn RM Schlenter erläuterte Frau Dr. Engelen, dass Inhalt des Konzeptes u.a. auch die Verkehrssituation im südlichen Dürwiß sei.

Die Unterscheidung „innerorts-außerorts“ definierte sie auf die Frage von Herr skB Müller dahingehend, dass insbesondere die Radfahrer und Fußgänger außerorts gemeinsam geführt werden könnten, was innerorts allerdings zu vermeiden sei. Frau RM Leonhardt erkundigte sich, ob im Rahmen des Radwegekonzeptes auch betrachtet würde, welche Radwege favorisiert würden. Die Aussagen von Herrn RM Widell zu fehlenden Teilstücken im Radwegenetz (z.B. Dürener Straße in Richtung Weisweiler) nahm Frau Dr. Engelen auf. Frau RM Leonhardt erinnerte an die Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 €, die für die Instandhaltung der Radwege 2018 zur Verfügung stünden und bat darum, entsprechende Projekte auch zeitnah umzusetzen. Herr Dr. Hartlich antwortete, dass hiervon bereits der Auftrag zur Instandsetzung des Radweges Zechen-/Cäcilienstraße erteilt worden wäre.

1.4 Eschweilers Klimaschutzteilkonzept Mobilität - ESKLIMO 163/18

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.
Die Verwaltungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

1.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 10 - Erweiterung Haus Maria, Hehlrath -; 160/18

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

- I. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 10 – Erweiterung Haus Maria, Hehlrath – gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und § 12 BauGB i.V.m. § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im Sinne des § 30 Abs. 2 BauGB mit dem in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen.
- II. Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Bauleitplanung (Anlage 2) gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler beschlossen.

1.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 11 - Westlich Robert-Koch-Straße 159/18 -;

Herr TB Gödde wies darauf hin, dass die vorgesehene Bebauung im südlichen Bereich ins Landschaftsschutzgebiet hineinreiche, eine frühere Planung eines Kindergartens aufgrund der Bruchkante des Tagebaus nicht weiterverfolgt worden sei und der Vorhabenträger sich mit der anstehenden Lärmproblematik auseinanderzusetzen habe.

Auf Nachfrage von Herr RM Schlenter erklärte Herr TB Gödde, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes keine Auswirkungen auf den Bau des Wendehammers haben werde. Herr Schoop antwortete auf die Frage von Herrn RM Widell, dass bzgl. einer eventuellen Verkleinerung des Landschaftsschutzgebietes noch keine Abstimmung erfolgt sei. Herr RM Widell erklärte, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde, da im hier von der Stadt gewählten Bebauungsplanverfahren gemäß § 13 b BauGB ein Ausgleich der durch den Bebauungsplan verursachten Eingriffe nicht erforderlich sei.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen (SPD, CDU, UWG, FDP, Linke) und 1 Enthaltung (Grüne) zu:

- I. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 11 - Westlich Robert-Koch-Straße - gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und § 12 BauGB i.V.m. § 13 b BauGB (Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren) im Sinne des 30 Abs. 2 BauGB mit dem in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen.
- II. Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Bauleitplanung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler beschlossen.

10. Änderung des Bebauungsplans 35 - Lenzenfeldchen -; hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Herr RM Widell fragte nach, warum die Größe des Geltungsbereiches in dieser Form gewählt worden sei. Herr TB Gödde führte aus, dass der Flächennutzungsplan diesen Teil als „Gewerbliche Baufläche“ ausweise und sich die Grenze am Gewerbegebiet „Auerbachcenter“ orientiere. Außerdem sei das Thema „Lärmschutz“ der nahe gelegenen Wohnhäuser an der Franz-Liszt-Straße mit in Betracht gezogen worden.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

- I. Die Aufstellung der 10. Änderung des Bebauungsplans 35 - Lenzenfeldchen - gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB mit dem in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen.
- II. Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Bauleitplanung (Anlagen 2 und 3) gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler beschlossen.

Bebauungsplan 292 - Schillerstraße/Gasthausstraße -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Herr RM Widell befürwortete die Bebauung im Innenbereich, kritisierte jedoch, dass im beschleunigten Verfahren keine Umweltprüfung durchgeführt werde. Herr SkE Leusch bat nochmals um Prüfung, ob dem Kindergarten Nist- und Fledermauskästen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Pause: 19.15 bis 19.20 Uhr

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage (Anlage 1) abgewogen.
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage (Anlage 2) abgewogen.
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan 292 - Schillerstraße/Gasthausstraße - (Anlage 3) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 5) als Abschlussbegründung hierzu.
- V. Die 5. Berichtigung des Flächennutzungsplans zum Bebauungsplan 292 (Anlage 8) wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB beschlossen.

2 Umwelt/Grünflächen

2.1 Neuorganisation der Schadstofffassung in Eschweiler ab 2019; Vortrag eines Vertreters der AWA

Herr Ostlender, AWA, erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation (die bereits mit der Einladung zur Sitzung versandt wurde) die Gründe, warum die Sammeltermine von sechs- auf zweimal jährlich reduziert und künftig keine Dispersionsfarben mehr am Schadstoffmobil angenommen werden sollen.

Herr RM Fehr kritisierte dies als nicht bürgerfreundlich. Herr Ostlender führte aus, dass hier eine vernünftige Aufklärung erforderlich sei und zudem das Entsorgungs- und Logistikcenter Warden (ELC) mit großzügigen Öffnungszeiten und der Möglichkeit, Schadstoffe bis 15 kg kostenlos abgeben zu können, als Ersatz zur Verfügung stehe. Auf Nachfrage von Herrn RM Widell bestätigte Herr Ostlender, dass die Abgabe von Schadstoffen in Warden nicht nur freitags und samstags, sondern künftig auch donnerstags möglich sei.

2.2 Neuorganisation der Schadstofffassung ab 2019

189/18

Die Verwaltungsvorlage wurde zurückgestellt.

2.3 Biologische Vielfalt in Kommunen

154/18

Herr RM Schlenter erkundigte sich, ob die Formulierung der Deklaration „Festlegungen zur Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums“ streng auszulegen sei und damit keine Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten mehr erfolgen könne. Herr TB Gödde erwiderte, dass nicht auf das Wachstum auch bei Außenflächen verzichtet werden könne, jedoch der Innenentwicklung Vorrang eingeräumt werden solle. Herr skE Leusch sprach den Zeitungsartikel über unerwünschten „Wildwuchs“ an und vertrat die Meinung, dass dies auch zur biologischen Vielfalt gehöre.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag zu Buchstabe a) einstimmig zu:

- a) Das gemeinsame Engagement der Kommunen für die biologische Vielfalt wird begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Unterzeichnung der als Anlage 1 beigefügten Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ eine Selbstverpflichtung hinsichtlich der Berücksichtigung der Anforderungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt in ihren Entscheidungsprozessen einzugehen und dem Verein „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ beizutreten.
- b) Eine diesbezügliche Selbstverpflichtung in Form der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ (Anlage 1) wird nicht für erforderlich gehalten und daher nicht weiter verfolgt.

2.4 Hundekot im öffentlichen Raum

155/18

Herr RM Schlenter wies darauf hin, dass das Problem ständig zunehme. Verstöße müssten auch geahndet werden und entsprechende Bußgelder nach sich ziehen. Er erkundigte sich, zu welchen Zeiten die bisherigen Kontrollen stattgefunden hätten, wieviele Bußgeldbescheide in 2017 (absolut und der Höhe nach) erlassen wurden und was unter dem Begriff „mittelbare Verstöße“ zu verstehen sei. Herr Engels antwortete, dass vor-

nehmlich in den Morgenstunden kontrolliert worden sei, in 2017 keine Ahndungen bei Zuwiderhandlungen erfolgt seien und die Formulierung „mittelbare Verstöße“ sich auf Hunde beziehe, die nicht beim Ordnungsamt angemeldet seien.

Herr RM Widell verwies darauf, dass alle notwendigen Regelungen bestehen würden, eine „Erziehung“ der Hundehalter allerdings durch diesen Beschluss nicht möglich sei. Er werde sich nicht an der Abstimmung beteiligen, da es sich nach seiner Auffassung um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Frau RM Leonhardt stellte fest, dass eine Sensibilisierung der Hundehalter wichtig sei, die Ahndung von Verstößen jedoch schwierig sei.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu, die Grünen nahmen an der Abstimmung nicht teil:

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten Kontroll- und Sensibilisierungsmaßnahmen fortzuführen. Eine zusätzliche Bereitstellung von Hundekottüten über entsprechende Spender erfolgt nur an Stellen, die durch besondere Verschmutzung auffallen und regelmäßig kontrollierbar sind.

3 Verkehr

3.1 Einrichtung von fünf Ladestationen für Elektromobile im öffentlichen Raum 161/18

Herr RM Schlenter verwies auf die Anträge der CDU-Fraktion aus der Vergangenheit und äußerte seine Hoffnung, dass ein weiterer Ausbau erfolgen würde. Herr RM Widell befürwortete die Installation der Ladesäulen, wies jedoch darauf hin, dass der Betrieb bzw. die Ladevorgänge nur mit regenerativen Energien sinnvoll wäre. Herr skB Braune gab zu Bedenken, dass bei zukünftigen Straßenbauplanungen die zu verlegenden Stromleitungen zu berücksichtigen seien. Herr TB Gödde antwortete, dass dies bereits jetzt in die Planungen mit einbezogen werde und alle Energieversorger entsprechend aufgestellt seien. Frau RM Leonhardt äußerte sich dahingehend, dass keine übereilten Entscheidungen getroffen werden sollten, die aufgrund der ständig weiterentwickelten Technologien, mittelfristig evtl. nicht tragbar seien. Herr RM Spies war ebenfalls der Meinung, dass in naher Zukunft evtl. andere Lösungen, wie z.B. die Wasserstofftechnik denkbar seien, begrüßte jedoch die Errichtung der Ladesäulen im innerstädtischen Bereich.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

1. Die für die Installation von fünf Ladesäulen für Elektromobile ausgewählten und vorab geprüften Standorte (Ladestationen) im öffentlichen Raum werden beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für die Einrichtung der Ladestationen und die Installation der Ladesäulen zu schaffen und die dafür notwendigen Haushaltsmittel zur anteiligen Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

4 Kenntnisgaben

4.1 Landesprogramm "Kooperative Baulandentwicklung"; hier: Abschluss einer Zielvereinbarung 170/18

Auf die Frage von Herrn skE Leusch antwortete Herr TB Gödde, dass es sich hier um eine Zielvereinbarung handele. Jeder Verfahrensschritt werde noch mit NRW .URBAN abgestimmt. Über Zwischenstände würde der Ausschuss informiert.

Die Verwaltungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

4.2 Förderprogramm "Gute Schule 2020"; hier: Fortschreibung der Maßnahmenliste **137/18**

Herr A.Vors. Kendziora wies darauf hin, dass die Verwaltungsvorlage in der Ratssitzung zurückgezogen wurde und schlug daher eine Beschlussfassung im Rahmen der Vorberatung vor (anstatt der lt. Verwaltungsvorlage vorgesehenen Kenntnisnahme).

Herr RM Widell erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand bzgl. der Waldschule, da die Informationen der Verwaltungsvorlage und der Vorlage „Beschlusskontrolle“ im nichtöffentlichen Teil unterschiedlich seien.

Herr TB Gödde erwiderte, dass die Angaben in der Vorlage den aktuellen Stand widerspiegeln würden.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Der im Sachverhalt und der Anlage dargestellten Fortschreibung der Maßnahmenliste für das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ wird zugestimmt.

4.3 Neubau der Eisenbahnüberführung Heisterner Straße **200/18**

Herr TB Gödde erläuterte, dass die Stadt Eschweiler sich über das Erfordernis der Aufweitung der Eisenbahnüberführung (EÜ) Heisterner Straße zur Meldung an die DB AG positionieren müsse. Ein Verfahren wie bei der EÜ Feldenendstraße wäre nicht mehr möglich. Seiner Meinung nach solle die Aufweitung nicht durchgeführt werden, allerdings erfolge nunmehr die Abfrage im Ausschuss.

Herr skB Braune sprach sich für eine Aufweitung aus, da die EÜ bei Starkregen häufig überflutet sei. Auf Nachfrage von Herrn RM Spies erklärte Herr TB Gödde, dass bei der Planung der DB Netz AG das 3. Gleis nicht berücksichtigt sei. Herr RM Spies favorisierte die Beibehaltung des jetzigen Zustands, da die Verengung als natürliche Barriere für den Verkehr und damit als „Verkehrsberuhigung“ dienen würde. Herr RM Widell votierte für eine Aufweitung, da an dieser Stelle durch überhöhte Geschwindigkeit von Autofahrern eine erhebliche Gefahr für den Rad- und Fußgängerverkehr bestehe. Herr TB Gödde bestätigte auf Anfrage von Herrn RM Schlenter, dass es sich hier nicht um einen Unfallhäufungspunkt handele.

Pause: 20.30 bis 20.40 Uhr

Nach einer kurzen Beratungspause wurde die Diskussion weitergeführt. Herr RM Schlenter wies darauf hin, dass nach Aussage der Anwohner einer erhöhten Geschwindigkeit nur durch die verbleibende Verengung entgegengewirkt werden könne. Da die Frequentierung durch Fußgänger als gering einzustufen sei, die Kosten für eine Aufweitung sehr hoch seien und kein Unfallhäufungspunkt vorliege, sprach er sich gegen die Aufweitung aus. Dieser Auffassung schloss sich Frau RM Leonhardt an. Herr skB Braune gab zu Bedenken, dass es sich um eine Verbindungsstraße nach Langerwehe handele und dass mit einer Entscheidung gegen eine Aufweitung für die nächsten 40 bis 50 Jahre keine Handlungsmöglichkeit mehr bestehe. Außerdem bat er um genauere Kalkulation der Kosten. Herr TB Gödde wies darauf hin, dass eine konkrete Aussage zu Kosten ohne entsprechende Planung nicht gemacht werden könne. Die in der Vorlage genannten Kosten würden sich auf Erfahrungswerte von vergleichbaren Maßnahmen beziehen. Er entsprach weiterhin der Bitte von Herrn RM Schlenter, zu prüfen, ob eine Straßenbeleuchtung und eine Fahrbahnmarkierung angebracht werden könnten. Herr RM Widell bekräftigte nochmals die gefährliche Situation und befürwortete die Aufweitung auch im Hinblick auf

die Vervollständigung des Radwegenetzes. Frau RM Leonhardt wies nochmals auf die hohen Kosten hin und erklärte, dass für diesen Betrag viele Radwege gebaut und instandgehalten werden könnten.

Es wird folgendes Meinungsbild der Ausschussmitglieder festgehalten:

Für die Aufweitung sprachen sich die FDP und die Grünen aus. Gegen eine Aufweitung votierten die SPD, CDU und UWG. Die Fraktion „Die Linke/Piratenpartei“ war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anwesend.

4.4 Bericht AGO vom 14.06.2018

Auf Nachfrage von Herrn RM Widell erklärte Frau Hoene, dass im 1. Obergeschoss des Gebäudes Kirchstr. 39 (Wohngruppe Haus St. Josef) die Arbeiten abgeschlossen seien. Die linke Seite im Erdgeschoss sei bisher noch vermietet gewesen, hier stünden jedoch kurzfristig die weiteren Sanierungsmaßnahmen an. Anschließend wurde die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis genommen.

5 Anfragen und Mitteilungen

5.1 Bedarf von Futterpflanzen für Bienen und andere Insekten bei Neupflanzungen berücksichtigen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2018

Herr TB Gödde verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.06.2018 zum Bedarf von Futterpflanzen für Bienen und andere Insekten. Die Förderung einer artenreichen Pflanzenwelt als Nahrungs- und Lebensraum für heimische Tiere würde bereits heute bei der Neuanlage von Grünflächen und bei Ersatzpflanzungen berücksichtigt. Dies solle in Zukunft weiter verfolgt und auch im Sinne des Antrages ausgebaut werden. Das angeführte Thema sei auch Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie sowie das Ziel des Vereins „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“. Ein ausführlicher Bericht zur Berücksichtigung der verschiedenen Punkte und Strategien in Eschweiler erfolge in der ersten Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses nach den Sommerferien.

Herr RM Widell verwies in diesem Zusammenhang auf die Verwaltungsvorlage der StädteRegion Aachen, Nr. 278/18.

Weiterhin führte Frau Assenmacher unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen“ zum Schädlingsbefall von Bäumen aus. Der Befall der Eichen im Stadtwald durch den Eichenwickler wäre in diesem Jahr nicht nennenswert. Nach einem Befall würden die Eichen wieder neu austreiben. Auch die im Frühjahr an verschiedenen Bäumen und Sträuchern auftretenden Gespinnstmotten würden den Gehölzen in der Regel nicht schaden. Auch hier sei eine Regeneration durch den „Johannistrieb“ gegeben. Die Platanen im Stadtgebiet wären im Frühjahr erneut durch größeren Blattfall aufgefallen. Nach der sogenannten Platanenwelke würde dieser Baum auch wieder austreiben. Eine Gefahr für Mensch und Tier bestünde in keinem dieser Fälle. Für die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners, der erstmals auch in Eschweiler vorgekommen wäre, sei jedoch eine fachlich ausgebildete Fachkraft erforderlich. Diese Raupennester müssten entfernt werden, da die Haare der Raupen gesundheitsschädlich seien (Hautirritationen und Atemwegsbeschwerden).

Herr RM Widell erkundigte sich nach den Kastanien auf der Südstraße. Frau Assenmacher wies darauf hin, dass diese von der Rosskastanienminiermotte befallen seien. Wenn die Blätter im Herbst nicht entfernt würden, käme es im nächsten Jahr erneut zu einem Befall. Der Baum würde dadurch immer mehr geschwächt. Als Folge daraus könnten Sekundärschädlinge wie Pilze und Bakterien den Baum zum Absterben bringen. Diese Entwicklung würde bei den regelmäßig durchzuführenden Kontrollen beobachtet. Für die Kastanien entlang der Südstraße sei der Landesbetrieb Straßenbau NRW zuständig und dieser müsse hier auch die entsprechenden Kontrollen durchführen.

Ende des öffentlichen Teils: 20.58 Uhr